

Martin Reisigl



Klimaprotest als Diskurs- intervention, ziviler Wider- stand und Debattenmotiv



Zitationsempfehlung: Reisigl, Martin. 2024. Klimaprotest als Diskursintervention, ziviler Widerstand und Debattenmotiv. In ThemaTalkers (Lara Berlage, Julian Engelken, Peter Ernst, Jan Hensellek, Lara Herford, Louis Hypius, Sargis Poghosyan, Angelina Schellin, Susanne Sophie Schmalwieser & Ingo H. Warnke) (eds.), *Debattieren, Opponieren, Protestieren. Interdisziplinäre Perspektiven auf sprachliche Praktiken des Widersprechens*, 10–27. OpenAccess U Bremen. doi.org/10.26092/elib/3132.

CC BY 4.0

1 Einleitung

Die Thematik des Klimaaktivismus lädt dazu ein, eine Brücke zwischen den drei im Haupttitel der Konferenz genannten sprachlichen Praktiken zu schlagen: Klimaaktivist:innen *debattieren* über die gegenwärtige Klimapolitik und menschliche Lebensstile, die zur Zuspitzung der Klimakrise beitragen. Sie versuchen in massenmedialen öffentlichen Diskursen über Klimawandel durch ihre *Diskursinterventionen* Argumente zu liefern und Forderungen zu artikulieren, die auf gesellschaftliche Transformation in Richtung einer stärkeren ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Nachhaltigkeit abzielen. Und Klimaaktivist:innen *opponieren* sprachlich und im weiteren Sinn multimodal (mündlich, schriftlich, bildlich, klanglich, körperlich-materiell usw.) gegen aktuelle Klimapolitik. Sie äußern ihren Unmut mit Hilfe unterschiedlicher Protestformen, die in den Jahren zwischen 2018 und 2023 widerständiger wurden, von der *Fridays-for-Future*-Bewegung und der Bewegung *Extinction Rebellion* bis hin zum Protest der *Letzten Generation*. Widerständiger wurden die Proteste, weil die kritischen Debattenbeiträge und Diskursinterventionen nicht die intendierten diskursiven Effekte zeitigten – eine Klimapolitik, die ernsthaft auf die Erreichung des im Pariser Vertrag deklarierten 1,5-Grad-Ziels hinarbeiten würde. Diese Temperaturgrenze kann auf der Grundlage der bis 2030 zu erwartenden Emissionsentwicklungen bereits nicht mehr eingehalten werden, und falls uns keine grundlegende Kurskorrektur gelingt, werden wir im Laufe des 21. Jahrhunderts auch das 2-Grad-Ziel verfehlen und Ende des Jahrhunderts wohl auf eine katastrophale Erwärmung der Erde um 3 Grad zusteuern (IPCC 2023). Dass die widerständigeren Protestformen des gewaltfreien zivilen Ungehorsams der *Letzten Generation* in den Medien nicht nur kontrovers diskutiert, sondern letztlich zu Debattenmotiven werden, die von den zentralen Anliegen der Klimaaktivist:innen wegführen, ist teilweise der Eigenlogik der Medien geschuldet, zum Teil aber auch der unzureichenden Kohärenz der spezifischen Protestformen. Die rechtsphilosophische Begründung der demokratischen Bedeutung dieses gewaltlosen zivilen Ungehorsams kommt in der medialen Berichterstattung so gut wie nicht zur Sprache. Diese Diskursdynamiken aus der Perspektive einer ökolinguistisch orientierten Kritischen Diskursanalyse zu betrachten, sei das Ziel des vorliegenden Textes.

2 Das Klimaproblem und der klimaaktivistische Protest

Die *Klimaproteste* richten sich gegen aktuelle Klimapolitiken der Regierungen in Deutschland, Österreich und vielen weiteren Ländern. Die Klimawissenschaft vermittelt uns sehr überzeugend, dass wir mit einem höchst drängenden globalen Problem konfrontiert sind, das sehr rasches Handeln erfordert. Die Klimapolitik selbst gestaltet sich jedoch – frei nach Max Weber – als äußerst schleppendes, mühsames, ineffizientes und teilweise unwilliges ›Bohren von dicken und harten Brettern‹, bei dem oft das Augenmaß fehlt und zahlreiche widerstreitende Interessengegensätze sowie diskursiv konstituierte Widersprüche Einigungen erschweren und nachhaltiges, d.h. suffizientes, effizientes und konsistentes Handeln auf systemischer ebenso wie individueller Ebene vereiteln. Die Widersprüche manifestieren sich als Relationen der Unvereinbarkeit, als Praktiken der Entgegensetzung und als Ergebnisse von Praktiken der Entgegensetzung (vgl. Warnke & Acke 2018: 325–332). Zu diesen Widersprüchen gehören (1) die grundsätzliche Unvereinbarkeit der kapitalistischen Wachstumsideologie mit der Bewahrung des natürlichen Öko- und Klimasystems, (2) der Widerspruch zwischen dem nicht direkt wahrnehmbaren Klimawandel und den unmittelbar wahrnehmbaren orts- und zeitgebundenen Wettererscheinungen (der meteorologische *Klimabegriff* bezieht sich großräumig bis global auf ein abstraktes statistisches Durchschnittswetter über einen Zeitraum von 15 bis 30 Jahren),¹ (3) die kognitiv-emotionalen Dissonanzen und Diskrepanzen zwischen Denken, Fühlen und Handeln (noch immer fühlen sich viele Menschen in warmgemäßigten Klimazonen nicht persönlich betroffen, weshalb sie ihren emissionsreichen Lebensstil nicht in Frage stellen), (4) der fälschlich suggerierte Widerspruch zwischen individueller konsumistischer Freiheit und Freiheitsbeschränkung als vorgeblichem *Verzicht* auf Konsum (wohingegen ein ressourcenschonendes Leben tatsächlich einen Zugewinn an Lebensqualitäten und Freiheiten mit sich bringt) und (5) der Widerspruch zwischen der sachlichen Logik der Wissenschaft und den personen-, sensations-, skandal-, emotions- und konfliktorientierten Selektions- und Präsentationslogiken der Medien, die auf Überraschung abzielen und möglichst viel Aufmerksamkeit zu generieren versuchen (vgl. Reisigl 2020: 23–27).

1 Allerdings wird in der Klimatologie der kausale Zusammenhang zwischen Klima und Wetter und namentlich den Extremwetterereignissen inzwischen immer deutlicher wissenschaftlich herausgearbeitet (Otto 2023).

Diese und weitere Widersprüche erschweren den Umgang mit der Klimakrise und veranlassen Klimaaktivist:innen dazu, Protest zu artikulieren und in öffentliche Diskurse kritisch zu intervenieren. Protest manifestiert sich dabei als konkreter Widerspruch im Sinne kontextspezifischer, gesellschaftlich situierter Praktiken der Entgegensetzung (vgl. Warnke & Acke 2018: 325). Er verwirklicht sich als öffentlich wahrnehmbarer und identitätspolitisch für die protestierenden Akteur:innen bedeutsamer semiotischer Akt des Widerstands, der auf symbolische, indexikalische und ikonische Zeichenressourcen zurückgreift und diese multimodal und multimedial nutzt. Die klimaaktivistischen Massenproteste setzen immer auch auf das Zahlenargument als persuasivem Druckmittel, denn je mehr Menschen zum Protest mobilisiert werden, desto mehr Gewicht erlangt er (vgl. dazu schon Arendt [1970] 1999: 132). Der klimaaktivistische Protest involviert die Ausdrucks-, Appell- und Darstellungsfunktion gleichermaßen. Protest bezeugt *expressiv* das Missfallen, die Unzufriedenheit und das Nicht-Einverstanden-Sein mit dem politischen, sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Status quo, der als Problem *dargestellt* wird. *Appellativ* fordern die Protestierenden eine Veränderung des Status quo und entsprechende Anschlusshandlungen der Kritisierten (vgl. Dang-Anh, Meer & Wyss 2022: 1). Protest ist zudem eine diskursive Intervention. Sie kann im gegebenen Diskussionszusammenhang der Klimaproteste auch als Praktik der Kritik im Sinne Foucaults verstanden werden, wonach Kritik als »Kunst, nicht dermaßen regiert zu werden«, zu begreifen ist (Foucault 1992: 12). Die Rede von der *Kunst* sei dabei z.B. auf die pointierte Kritik der *Fridays-for-Future*-Bewegung bezogen, die es ab 2018 bis zum Beginn der Pandemie geschafft hat, die Problematik der Klimakrise und die ungenügende Klimapolitik stärker ins öffentliche Bewusstsein zu bringen, als es Klimawissenschaftler:innen bis dahin vermochten. Die Bewegung argumentierte im Rahmen ihrer Demonstrationen auf Protestschildern mit multimodal (sprachlich und bildlich) realisierten Metaphern anschaulich und vermittelte dabei den Klimanotstand sehr klar (vgl. Reisigl 2020: 14–23). Sie setzte ihre argumentativen und appellativen Diskursinterventionen auch in den Jahren der Covid-19-Pandemie über digitale Kommunikationsformate fort. Allerdings ging der öffentliche Impact während der Pandemie zurück. Das war mit ein Grund dafür, dass auch für radikalere klimaaktivistische Protestformen optiert wurde, darunter die der *Letzten Generation*. An Foucaults Kritikbegriff anschließbar sind auch die Ausführungen von Lea Bonasera, eine der Gründer:innen der *Letzten Generation* in Deutschland. Sie begreift ihren

zivilen Widerstand als »politisches Jiu-Jitsu«, das heißt als waffenlose, friedfertige Kampfkunst, die den Schwung und die Kraft des Gegenübers, also das massive repressive Vorgehen gegen die friedlich Protestierenden, dafür nutzen möchte, immer mehr Menschen zu einem Aufschrei zu bewegen, für die Anliegen der Bewegung zu mobilisieren und so eine Machtumkehr zu erwirken (vgl. Bonasera 2023: 93–103).

3 Klimaprotest als zivilgesellschaftlicher Widerstand

Bereits der Protest der *Fridays-for-Future*-Bewegung stellt eine Form von zivilem Ungehorsam dar, da er auf Schulstreiks beruht, welche die gesetzlich vorgeschriebene Schulpflicht verletzen (vgl. Kiesewetter 2022: 86–87). Die Protestaktivitäten der *Letzten Generation* sind eine noch radikalere Form von zivilgesellschaftlichem Ungehorsam. Die *Letzte Generation* hat sich 2021 als Bündnis von Klimaaktivist:innen in Deutschland und Österreich formiert, nach einem fast vierwöchigen Hungerstreik für Klimagerechtigkeit, der am 30. August 2021 im Berliner Regierungsviertel begann und am 25. September endete (vgl. Eichler, Jeschke & Alt 2023; Bonasera 2023). Ziel der Protestierenden ist es, durch Störaktionen, die als ziviler Ungehorsam intendiert sind, politische Maßnahmen der deutschen und österreichischen Regierung zu erkämpfen, darunter etwa die Festlegung von Tempo 100 auf Autobahnen, eine Fortsetzung des 9-Euro-Tickets im öffentlichen deutschen Nahverkehr, den Stopp des Abbaus fossiler Energien und die Einberufung eines Gesellschafts- bzw. Klimarats, der Maßnahmen zum raschen Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energien bis 2030 erarbeitet. Die Störaktionen nehmen erstens die Form von Sitzblockaden (*sit-ins* und *sit-downs*) und Festklebeaktionen auf Straßen an, womit eine Störung der Verkehrsinfrastruktur erreicht wird. Zweitens unternimmt die *Letzte Generation* Störaktionen an Gebäuden politischer Institutionen wie dem Bundeskanzleramt oder bestimmter Ministerien in Berlin, indem sie die Gebäudefassaden – semiotisch transgressiv – beschreibt oder beschmutzt. Drittens kleben sich Aktivist:innen an Kunstobjekten fest oder bewerfen durch Glas geschützte Bilder mit Farbe oder Kartoffelbrei. Viertens versuchen Mitglieder der *Letzten Generation*, Veranstaltungen wie ein Fußballbundesligaspiel, ein Konzert oder ein im öffentlichen Fernsehen übertragenes Skirennen zu stören. Diese auf Irritation abzielenden Aktionen haben in vielen Medien – gemäß der ihnen eigenen Logik der Selektion und Präsentation – große Beachtung gefunden.

Den Aktivist:innen der *Letzten Generation* geht es um friedlichen zivilen Widerstand. Was das bedeutet, können wir vertiefen, wenn wir frühere und heutige philosophische und juristische Reflexionen über zivilen Ungehorsam betrachten.

Zu maßgeblichen früheren Texten zählen unter anderem die, welche auf die Friedensbewegung gegen die Stationierung amerikanischer Pershing-II-Raketen in der Bundesrepublik Bezug nehmen. Die gegenwärtige Klimabewegung bekennt sich – wie schon die Friedensbewegung der 1980er Jahre – zum Prinzip des gewaltfreien Protests. Jo(sef) Leinen sieht im zivilen Ungehorsam eine fortgeschrittene Form von Demonstration. Er hebt hervor, dass bereits viele andere Aktivitäten entfaltet wurden, ehe die Friedensbewegung zum politischen Protestmittel des zivilen Ungehorsam griff (vgl. Leinen 1983: 23). Gleiches lässt sich über den Klimaaktivismus konstatieren. Mit Blick auf die Friedensbewegung unterscheidet Leinen vier Entwicklungsphasen: (1) Die Diskussionsphase war durch zahlreiche Veranstaltungen und Debatten zur Meinungsbildung gekennzeichnet. (2) In der Appellationsphase wurden viele unterschiedliche Forderungen an die Regierung gerichtet. (3) In der Demonstrationsphase wurde zuerst große öffentliche Aufmerksamkeit erregt, ehe die Resonanz abflaute. (4) Da das Debattieren, Appellieren und Demonstrieren nicht die gewünschte politische Wirkung gezeitigt hatten, folgte eine Phase des zivilen Widerstands, in der provokante Aktionen gesetzt wurden, darunter *sit-ins*, *sit-downs* und *go-ins* (vgl. Leinen 1983: 23). Noch ist es zu früh für eine Typisierung der Phasen des Klimaaktivismus, aber in mancher Hinsicht zeichnen sich auf abstrakter Ebene Ähnlichkeiten in der Entwicklung der unterschiedlichen Protestformen der Friedens- und Klimaschutzbewegung ab, wenn man davon absieht, dass sich die Kommunikationsformate des Protests seit den 1970er Jahren stark erweitert und ausdifferenziert haben.

Eine Gemeinsamkeit liegt in der Motivation zu protestieren. Aussagen von Leinen aus den 1980er Jahren über die Friedensbewegung lesen sich so, als wären sie auf die Klimabewegung und den zivilen Ungehorsam der *Letzten Generation* bezogen:

viele Menschen können es aus einer Gewissensentscheidung heraus nicht mehr mitmachen, diese außerordentliche Bedrohung [der atomaren Aufrüstung, Anm. M.R.] auf sich zukommen zu sehen, und zeigen deshalb die Bereitschaft, mehr zu unternehmen und auch mehr in Kauf zu nehmen, als üblich ist, um diese unerträgliche Entwicklung zu

verhindern. Ziviler Ungehorsam ist eine fortgeschrittene Form der Demonstration. Die Demonstration ist die Presseerklärung des einfachen Bürgers [sic!], aber in einer intensiveren und spektakuläreren Weise. In einer aufgeklärten politischen Kultur dürfte dieses demonstrative Einwirken auf den öffentlichen Meinungsbildungsprozeß nicht automatisch unter dem Aspekt der strafbaren Handlung abgehandelt werden. Bei näherem Hinsehen hat der zivile Ungehorsam im Gegenteil viel mit dem Bestreben: »mehr Demokratie wagen« zu tun. Die Absicht und der Sinn von solchen spektakulären Aktionen ist es, den öffentlichen Willensbildungsprozeß anzutreiben. (Leinen 1983: 24)

Desgleichen lassen sich die rechtsphilosophischen Überlegungen, die Jürgen Habermas 1983 zum zivilen Ungehorsam der Friedensbewegung der frühen 1980er Jahre anstellt, auf die aktuellen Klimaproteste beziehen, zumal sich beide Protestbewegungen klar zur Gewaltfreiheit bekennen. Habermas hebt den Unterschied zwischen kriminellen Handlungen und zivilem Ungehorsam hervor – ein Unterschied, der in gegenwärtigen politischen und medialen Diskursen in Deutschland und Österreich vorsätzlich eingeblendet wird, am gravierendsten dort, wo Klimaaktivist:innen mit kriminalisierenden Metaphern wie *Klimaterroristen* und *Klima-RAF* stigmatisiert werden. Hannah Arendt hat bereits 1970 deutlich auf den »ungeheuren Unterschied« zwischen Kriminellen und zivilen Ungehorsamen hingewiesen. Erstens scheuen Kriminelle das Licht der Öffentlichkeit und begehen geheimen Rechtsbruch, während zivile Widerständige die Gesetzesübertretung bewusst öffentlich begehen (vgl. Arendt [1970] 1999: 136–137). Dieser bedeutungsvolle Unterschied könne »nur aufgrund vorgefaßter Meinung oder bösen Willens übersehen werden« (Arendt [1970] 1999: 137). Zweitens handeln Kriminelle im egoistischen Eigeninteresse (sehr oft, um sich persönlich zu bereichern), während zivile Ungehorsame im Namen einer Gruppe, im Namen der *res publica* bzw. *pro bono publico*, also in der Absicht agieren, dem Allgemeinwohl zu dienen (vgl. Arendt [1970] 1999: 137).

Gewaltfreiheit, Interesse am (intergenerationellen) Allgemeinwohl, öffentliche Gesetzesübertretung bei grundsätzlicher Anerkennung der allgemeinen Rechtsordnung und mit der Bereitschaft zur Übernahme der rechtlichen Sanktionen für die eigene Rechtsverletzung – das sind zentrale Elemente des zivilen Ungehorsams, wie sie im liberalen konstitutionellen Modell von Jürgen Habermas im Anschluss an John Rawls enthalten sind und auch den Protestaktionen der *Letzten*

Generation zugrunde liegen (vgl. Braue 2023: 14–21, 28–31, 37). Habermas ist der Ansicht, dass ziviler Ungehorsam ein wichtiges Element einer reifen politischen Kultur sei (vgl. Habermas 1983: 32), insbesondere dort, wo reine positive Legitimität zu grund- und menschenrechtlicher *Legitimität* in Konflikt gerät. Wir erfahren aus seinem Text, dass die Protesthandlungen des zivilen Ungehorsams kalkulierte Regelverletzungen mit symbolischem Charakter sind, durch die öffentlich Widerstand geleistet und Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik artikuliert oder gar die Legitimität der Regierungspolitik in bestimmten Punkten in Zweifel gezogen werden (vgl. Habermas 1983: 33). Habermas beruft sich auf die Theorie der Gerechtigkeit von John Rawls.

Laut Rawls' Begriffsbestimmung manifestiert sich ziviler Ungehorsam »in einer öffentlichen, gewaltlosen, gewissenbestimmten, aber gesetzwidrigen Handlung, die gewöhnlich eine Änderung der Gesetze oder der Regierungspolitik herbeiführen soll« (Rawls [1971] 1991: 401). Rawls postuliert in seiner Gerechtigkeitstheorie drei Bedingungen für gerechtfertigten zivilen Ungehorsam (vgl. Rawls [1971] 1991: 409–414; pointiert zusammengefasst in Habermas 1983: 34): Erstens muss sich der zivile Widerstand gegen klare Fälle folgeschwerer Ungerechtigkeit richten, z.B. wider die Chancengleichheit. Zweitens müssen die Möglichkeiten legaler Korrekturen versagt haben und erschöpft sein oder müssen »die bisherigen Aktionen gezeigt haben, daß die Mehrheit unbeweglich oder stumpf ist« (Rawls [1971] 1991: 411). Drittens müssen die Aktivitäten des Ungehorsams so begrenzt sein, dass sie nicht die grundsätzliche Verfassungsordnung angreifen (auch zitiert in Habermas 1983: 34).

Benjamin Kiesewetter (2022: 89–93) prüft diese drei Bedingungen für die Proteste der *Fridays-for-Future*-Bewegung und kommt zum Schluss, dass alle drei Bedingungen eingehalten sind, sofern Rawls' Begrenzung der ersten Bedingung auf Ungerechtigkeit, welche die Einschränkung von grundlegenden Freiheitsrechten zum Gegenstand hat, revidiert wird (Kiesewetter 2022: 93–100).

Bezieht man die drei Bedingungen auf die Proteste der *Letzten Generation*, so lässt sich umgehend konstatieren, dass Bedingung 3 erfüllt ist, weil durch die vorsätzliche öffentliche Verletzung einzelner Rechtsnormen wie z.B. der Verkehrsordnung durch Straßenblockaden die demokratische Rechtsordnung im Ganzen nicht in Frage gestellt wird. Die spezifischen Straßenproteste sind (vorwiegend) indirekter ziviler Ungehorsam, weil durch die Straßenblockaden gegen die Straßenverkehrs-

ordnung verstoßen wird, die politischen Forderungen aber nicht direkt an die Autofahrenden mit ihrem Fahrverhalten gerichtet sind.

Zweitens gilt es abzuwägen, ob Bedingung 2 erfüllt ist, also ob keine aussichtsreichen Möglichkeiten legaler Einflussnahme mehr auszumachen sind, um gegen das Unrecht vorzugehen, oder ob die legitimen Forderungen bei der Mehrheit kein Gehör finden. Wird diese Bedingung um einen zeitlichen Index ergänzt, geht es also um aussichtsreiche legale oder mehrheitswirksame Einflussnahme innerhalb des vorgegebenen Zeitrahmens, dann ist auch diese Bedingung erfüllt. Mit Blick auf die sich schon heute deutlich abzeichnenden Folgen der globalen Erwärmung, mit Blick auf die in der Klimatologie konsensual abgestützte wissenschaftliche Warnung davor, dass der Menschheit nur noch ein Zeitfenster von wenigen Jahren gegeben ist, um eine verheerende globale Klimakatastrophe abzuwenden, und mit Blick auf den Befund, dass die derzeitige Klimapolitik bei weitem nicht ausreicht, um die international vereinbarten Pariser Klimaziele und die von der Wissenschaft geforderten CO₂-Emissionsreduktionen zu erreichen, erscheint auch die zweite von Rawls aufgestellte Bedingung erfüllt. Gerade auch für den Verkehr fehlen wesentliche politische Maßnahmen, die umgehend ergriffen werden müssen, um die im verbleibenden Zeitrahmen vorzunehmende Dekarbonisierung zu erreichen.

Bedingung 1, die John Rawls formuliert, ist beim zivilen Ungehorsam der *Letzten Generation* ebenfalls erfüllt, wenn Rawls Gerechtigkeitskriterium nicht auf Freiheitsrechte verengt bleibt. In der sich verschlimmernden Klimakrise wird Generationengerechtigkeit massiv verletzt, da durch das gegenwärtige menschliche Handeln gleiche Chancen auf gute Lebensbedingungen in der Zukunft in Frage gestellt sind (siehe Kiesewetter 2022: 91) und kommende Generationen von der Möglichkeit ausgeschlossen bleiben, jetzige Klimapolitik mitzubestimmen; sie sind jedoch den negativen Folgen der heutigen Politik ausgesetzt. Zudem liegen eine schwerwiegende *Belastungsverteilungsungerechtigkeit* und CO₂-Emissionsungleichheit zwischen globalem Norden und Süden vor. Selbst eine Gefährdung der gleichen Freiheitsrechte steht als mögliche Folge der Klimakrise im Raum.

Rawls Konzeption lässt sich bei temporaler Spezifikation und Erweiterung des Gerechtigkeitsbereichs also durchaus auf den zivilen Widerstand der *Letzten Generation* anwenden. Dass die Aktivist:innen bereit sind, rechtliche Konsequenzen für ihre Normenverletzungen zu tragen, lässt sich an den Verurteilungen von Klima-

aktivist:innen beobachten, wengleich in etlichen Fällen die verhängten Strafen nicht verhältnismäßig sind.

Unter Rückgriff auf Kant postuliert Habermas, dass ein Rechtsstaat seine Legitimität nicht lediglich auf Legalität stützen und »keinen unbedingten, sondern nur einen qualifizierten Rechtsgehorsam fordern« darf (Habermas 1983: 38). In der Geschichte gab es immer wieder legale Formen des Unrechts. Für die aktuelle Klima- und Umweltdebatte ist in Betracht zu ziehen, dass Gesetze, welche die Klimakrise anheizen und damit die Vernichtung ökologischer Grundlagen zukünftiger Generationen unterstützen, illegitim sind. Zu diesen Gesetzen zählen z.B. klimaschädliche staatliche Subventionen. In Österreich betreffen 61 % von ihnen Förderungen im Verkehr (siehe Kletzan-Slamanig et al. 2022).

Die für die gegenwärtige Diskussion über zivilen Ungehorsam sehr relevanten Überlegungen von Habermas seien mit einem Zitat unterstrichen, in dem sich Habermas auf Ronald Dworkin stützt:

Was prima facie Ungehorsam ist, kann sich, weil Recht und Politik in steter Anpassung und Revision begriffen sind, sehr bald als Schrittmacher für überfällige Korrekturen und Neuerungen erweisen. In diesen Fällen sind zivile Regelverletzungen moralisch begründete Experimente, ohne die sich eine vitale Republik weder ihre Innovationsfähigkeit noch den Legitimationsglauben ihrer Bürger erhalten kann. Wenn die Repräsentativverfassung vor Herausforderungen versagt, die die Interessen aller berühren, muß das Volk in Gestalt seiner Bürger, auch einzelner Bürger, in die originären Rechte des Souveräns eintreten dürfen. Der demokratische Rechtsstaat ist in letzter Instanz auf diesen Hüter der Legitimität angewiesen. (Habermas 1983: 40–41)

Das ist in der aktuellen Klimadebatte ein starkes Argument gegen die, die Klimaaktivist:innen kriminalisieren und zu einem autoritären Legalismus Zuflucht suchen, der nicht nur dem demokratischen Prozess schadet, sondern alle gefährdet, die unter den Folgen der anthropogenen globalen Erwärmung leiden könnten. Wo schwerwiegende politische Entscheidungen oder Nicht-Entscheidungen irreversible Folgen zeitigen und die ökologischen Existenzgrundlagen der Bevölkerung bedroht sind, ist ziviler Ungehorsam als Mittel der Wahl des politischen Protests gerechtfertigt.

4 Klimaprotest als Debattenmotiv

Es geht in der Klimadebatte um einen kollektiven Lernprozess, bei dem wir uns – so scheint es – noch immer am Anfang befinden. Dafür sind auch die Medien mitverantwortlich, die über Klimaaktivismus berichten. Der Soziologe Nils Kumkar (2022) hat sich mediale Berichterstattung zur *Letzten Generation* angesehen. In seinem Artikel über die in Medien verbreitete Behauptung, dass sich die Klimaaktivist:innen zunehmend radikalieren würden, was angesichts der bisher ausnahmslos gewaltfrei erfolgten Störaktionen überhaupt nicht zutrifft, beobachtet er, dass eine Fokusverschiebung erfolgt (Kumkar 2022: 2, 6, 12). Die Berichterstattung führt von den Anliegen der Aktivist:innen weg und hin zu den Aktionen und Akteur:innen selbst sowie zu den meist negativen Reaktionen auf die Aktionen. Diese Beobachtung lässt sich an zahlreichen Textbeispielen belegen. Die mediale Berichterstattung über den zivilen Ungehorsam der *Letzten Generation* verengt den Blick oft dergestalt, dass die ökologischen Anliegen und Forderungen der Protestierenden nicht mehr angemessen repräsentiert werden. Zu dieser Verschiebung hin zum Klimaaktivismus als Debattenmotiv trug auch die extreme Skandalisierung bei, die politisch und medial durch die metaphorische Diskreditierung, Vorverurteilung und Kriminalisierung der *Letzten Generation* betrieben wurde. Diese Kriminalisierung kulminiert in der Metapher der *Klimaterroristen* und *Klima-RAF*. Die Metapher wurde von CSU-Politiker Alexander Dobrinth geprägt, als er davon sprach, dass die Entstehung einer *Klima-RAF* verhindert werden müsse. Viele rechte Politiker:innen griffen die impertinente metaphorische Prädikation auf. Wider jede Realität schreibt die Metapher den Aktivist:innen extreme Gewalttätigkeit und Staatsfeindlichkeit zu. Über die Metapher wird ihnen unterstellt, systematisch Angst und Schrecken zu verbreiten durch radikale physische Gewalt. Vor allem rechtspopulistische und rechtsextreme Politiker:innen der AfD und FPÖ gebrauchen die Terrorismus-Metapher, um gewaltlose Protestformen des zivilen Ungehorsams und des demokratischen Widerstands der *Letzten Generation* auf illegitime Weise zu brandmarken. Durch die stigmatisierende Nomination verschiebt sich der Fokus der Debatte von den berechtigten Forderungen der Gruppe hin zu den Akteur:innen, ihren Aktionen und den Reaktionen darauf.

Diese Verschiebung hin zum Debattenmotiv sei an einem Beispiel illustriert. Die österreichische Tageszeitung *Der Standard*, die als linksliberale Qualitätszeitung

eingestuft wird, veröffentlichte am 25. April 2023 gleich drei Texte, die sich auf eine aktivistische Störaktion der *Letzten Generation* in Berlin am 24. April 2023 bezogen.

Auf der Titelseite der Zeitung war in der Rubrik *Zitat des Tages* zu lesen: »Wir gewinnen keine Akzeptanz, wenn die Leute stundenlang im Stau stehen, obwohl sie dringend zur Arbeit müssen.« Diese Aussage, das lesen wir unter dem Zitat, wurde vom Vorsitzenden der Deutschen Grünen, Omid Nouripour, über die Klebeaktionen der *Letzten Generation* getroffen. Zudem erfahren wir auf der Titelseite, dass es auf den Seiten 6 und 32 mehr zum Thema zu lesen gebe. Was ist an der Kurzmeldung bemerkenswert? Erstens, dass sie es auf die Titelseite der Zeitung geschafft hat. Zweitens, dass sie in der Rubrik *Zitat des Tages* abgedruckt wurde. Der Sager des Bundesvorsitzenden der Deutschen Grünen, der dem Flügel der »Realos« zugerechnet wird, findet sich in seiner Relevanz zweifach hochgestuft: als Schlagzeilegeber für Seite 1 und als Autor des *Zitates des Tages*. An dieser Relevanzsetzung manifestiert sich die Logik der Medien, die sich an den Nachrichtenwerten der Neuigkeit und Überraschung, der Kuriosität und der Sensation orientiert. Ein grüner Politiker, noch dazu der Parteivorsitzende, kritisiert Klimaaktivist:innen für ihre Protestaktionen. Die Kritik drückt sich in einer invertierten Wenn-Dann-Konstruktion aus. Das Postcedens ist vorangestellt und kommt ohne einleitendes *dann* aus. Wenn-Dann-Konstruktionen sind Indikatoren für Argumentation. Omid Nouripur hebt die Dringlichkeit der automobilen Fortbewegung derer hervor, die in der Stadt Berlin morgens mit dem Auto zu ihrem Arbeitsplatz fahren und durch Protestaktionen in einen Stau geraten – angeblich »stundenlang«. Der grüne Politiker ergreift Partei für die Autofahrer:innen und gegen die Straßenblockaden der *Letzten Generation*. Er argumentiert, dass die nicht näher bestimmte Wir-Gruppe durch diese Aktionen keine Akzeptanz erreiche. Auf welche Gruppe das Deiktikon *wir* zeigt, bleibt offen. Ist es ein grünes Partei-Wir, das hier sprecherinklusiv gebraucht wird? Ist es ein paternalistisches koalitionsregierendes Regierung-Wir oder ein noch weiter gefasstes *Wir*? Unhinterfragt bleibt, dass die angeblich stundenlang im Stau stehenden Menschen das Auto benutzen müssen, um zum Arbeitsplatz zu gelangen – als sei es vorweg ausgemacht, dass sie – oder viele von ihnen – keine anderen Fortbewegungsmittel verwenden könnten. Die syntaktischen und semantischen Leerstellen, die das Nomen *Akzeptanz* eröffnet, bleiben inhaltlich ungefüllt. Wir erhalten keine Antwort auf die Frage, wer was akzeptieren soll. Es bleibt den Leser:innen überlassen, ob sie die Leerstellen durch ein bestimmtes Hinter-

grundwissen mit den inhaltlichen Anliegen der zivilgesellschaftlich widerständigen Klimaaktivist:innen verknüpfen oder nicht.

Diese Anliegen werden allerdings in einem Absatz in der Mitte des Artikels mit dem Titel »Die Letzte Generation klebt sich in ganz Berlin fest« auf Seite 6 wiedergegeben. Birgit Baumann, langjährige Deutschland-Korrespondentin der Tageszeitung *Der Standard*, hat ihn verfasst:

Die letzte Generation will mit der konzertierten Aktion den Druck auf die Bundesregierung erhöhen, damit diese die Forderungen der Gruppierung umsetzt. Die sind: ein dauerhaftes Neun-Euro-Ticket für den Bahn-Regionalverkehr, ein Tempolimit von 100 Stundenkilometern auf Autobahnen und die Einberufung eines Gesellschaftsrates. Dieser soll Maßnahmen erarbeiten, wie Deutschland bis 2030 die Nutzung fossiler Rohstoffe beenden kann.

Die hier genannten Anliegen nehmen im Artikel weniger Textraum ein als die Thematisierung der ablehnenden politischen Reaktionen. Im Artikel wird berichtet, dass bei der regierenden Ampelkoalition und vor allem bei der FDP die Forderungen nach Tempo 100 auf Autobahnen und nach einer Fortsetzung des Neun-Euro-Tickets nicht ankommen würden, dass Parteichef Christian Lindner das Blockieren von Straßen als »physische Gewalt« ansehe und dass FDP-Justizminister Marco Buschmann einen Vergleich mit den 1920er und 1930er Jahren ziehe. Der Justizminister kommt im Artikel mit der längsten direkten Rede zu Wort:

In den 1920er- und 1930er-Jahren gab es in Berlin straßenschlachtartige Zustände, weil sich Menschen am linken und rechten politischen Rand selbst ermächtigt fühlten, sich über die Rechtsordnung zu stellen und die eigenen Vorstellungen mit der Faust durchzusetzen.

Dieses Zitat kommentiert die Journalistin nicht, obwohl Erwägungen zur demokratiefördernden Bedeutung von zivilem Ungehorsam, wie ich sie ausgeführt habe, als Gegenargumente vorgebracht werden können. Gleich nach der direkten Rede des Justizministers wiederholt Baumann die Kritik des grünen Bundesvorsitzenden, die es auf die Titelseite der Zeitung geschafft hat. Der Artikel ist als Bericht inszeniert, hat aber eine Schlagseite, die sich schon im Titel und Lead zeigt. Die Journalistin generalisiert im Titel mit einer hyperbolischen voreiligen Gen-

eralisierung, dass sich die *Letzte Generation* in ganz Berlin festgeklebt habe. Wir erfahren, dass die Blockaden an 27 respektive 35 Orten in Berlin stattgefunden hätten. Es steht zu bezweifeln, dass 27 bis 35 Blockaden ausreichen, um »ganz Berlin« aktivistisch in Beschlag zu nehmen. Die Kritik an den Aktionen wird bereits im Lead hervorgehoben: »Polizei nimmt 40 Personen in Gewahrsam – Kritik an den Klimaaktivistinnen und Klimaaktivisten kommt auch von den Grünen.« In argumentativer Hinsicht nimmt der zweite Teil des Leads, in dem die Partikel *auch* die Bedeutung von *sogar* erlangt, den Charakter eines Locus a minore an: Wenn selbst die Grünen Kritik an den Aktionen üben, dann – so können Leser:innen inferieren – müsse die Kritik zutreffen.

Bemerkenswert ist, dass Birgit Baumann auf Seite 32 mit einem Kommentar zu den Protestaktionen in Berlin noch einmal zu Wort kommt. In diesem Artikel stellt sie sich nicht nur implizit und suggestiv gegen die Aktionen der *Letzten Generation*. Vielmehr bezieht sie nun explizit gegen die Proteste der *Letzten Generation* in Berlin Position. Unter dem ambigen Titel »Klimakleber in Berlin – Einfach mal umdenken« fordert sie einen mentalen Kurswechsel. Dass es die Klimaaktivist:innen sind, die umdenken sollen – und nicht etwa die Autofahrer:innen –, wird erst im Text deutlich. Gleich im ersten Satz schreibt die Journalistin, dass die Aktionen in Berlin »natürlich [...] genervt« hätten, und zwei Absätze weiter wiederholt sie die vom Unerwarteten her argumentierende Figur, dass selbst die Grünen inzwischen die Augen genervt rollen würden. Das Anliegen des Klimaschutzes würde laut Baumann »wegen problematischer Methoden immer mehr in Verruf« geraten und viele würden Klimaschutz gedanklich »nur noch mit den »Störenfrieden« verbinden. Ihre quantifizierende Behauptung belegt Baumann nicht. Im letzten Absatz des Kommentars fordert die Journalistin despektierlich von der »Klimakleberschaft«, dass sie »einfach mal umdenken« und sich statt auf den Straßen vor dem Berliner Kanzleramt und vor der FDP-Zentrale festkleben könne, weil das, was derzeit ablaufe, kontraproduktiv sei, da es die Menschen abschrecke und dem Klimaschutz nicht helfe. Die subjektive Meinungskundgabe der Journalistin zeugt von Verständnislosigkeit gegenüber dem spezifischen zivilen Ungehorsam der *Letzten Generation*. Der demokratischen Rolle des zivilen Ungehorsams, wie sie oben ausgeführt wurde, wird keine Zeile gewidmet. Das Thema wird in der Berichterstattung so verschoben, dass nur der Klimaaktivismus problematisiert, die automobilen Fortbewegung dagegen im blinden Fleck der Journalistin und damit außer Frage gestellt bleibt.

5 Fazit

Diese Textbeispiele sind nur drei von zahlreichen medialen Diskursfragmenten, die für die Tendenz in der Medienberichterstattung stehen, die Forderungen der Klimaaktivist:innen nach raschen wirksamen politischen Maßnahmen in den Hintergrund zu rücken. Stattdessen tritt die Frage nach politischen und juristischen Handlungsmöglichkeiten gegen die zivilgesellschaftlichen Akteur:innen in den Vordergrund. Diese Forderungen stehen im Geiste eines autoritären Legalismus. Das ist für die Klimaaktivist:innen eine bedenkliche diskursive Entwicklung.

Die Frage steht im Raum, wie diese Entwicklung in weiterer Folge diskursiv bearbeitet wird. Warum werden in erster Linie nur die Aktivist:innen und die gegen sie gerichteten Reaktionen fokussiert, aber nicht ihre Anliegen und das Problem der klimaschädlichen automobilen Massenmobilität? Warum verfährt die Kriminalisierungsstrategie so stark? Weshalb kommt in der massenmedialen Berichterstattung nicht gebührend zur Geltung, dass gewaltlose Widerstandsaktionen der *Letzten Generation* nichts mit kriminellen egoistischen Eigeninteressen zu tun haben, sondern im Zeichen von wissenschaftlich gut begründeten Forderungen stehen, die zukunftsgerichtet auf das Allgemeinwohl hin orientiert sind.

Es fragt sich zudem, ob die Fokusverschiebung zumindest teilweise auch der multimodalen Inkonsistenz des Protests der *Letzten Generation* geschuldet ist. Was meine ich mit *multimodaler Inkonsistenz des Protests*? Der indirekte zivile Ungehorsam, als der sich der Protest der *Letzten Generation* manifestiert, ist nicht hinlänglich zielgerichtet. Er beruht teilweise auf einer Adressierungshemmung gegenüber den Autofahrenden, einer daraus folgenden partiellen Situationsentbindung des Protests sowie einer abgelenkten Handlungsbegründung. Die Straßenblockaden richten sich nicht explizit gegen die Autofahrenden, von denen viele Teil des Klimaproblems sind und zum Umdenken gebracht werden müssten, die sich mithin fragen sollten, ob sie wirklich mit dem Auto zur Arbeit fahren müssen oder ob sie sich nicht für alternative, klimaschonendere Fortbewegungsformen entscheiden könnten. Das Gros der von den Sitzblockaden betroffenen Autofahrenden scheint sich selbst nicht zu hinterfragen, scheint am eigenen automobilen Handeln nicht zu zweifeln. Die klimaschädliche Normalität des Autofahrens wird von den Protestierenden in den konkreten Aktionen nicht explizit hinterfragt. Allerdings drückt der manifeste physische und körpersprachliche Protest derer, die die Straßen durch

Sitzblockaden und Festkleben ihrer Hände für den Autoverkehr temporär sperren, gegenüber den Autofahrenden aus: *Ihr kommt hier nicht weiter, wir unterbrechen eure alltäglichen Fortbewegungsroutinen.* Die auf die Sitzblockade bezogene Handlungsbe-gründung lautet dabei: *Es tut uns leid, dass wir euch in eurem Alltag stören! Wir tun dies, weil wir wollen, dass die verantwortliche Regierung dafür sorgt, dass Tempo 100 auf den Au-tobahnen eingeführt wird, dass das 9-Euro-Ticket bleibt und dass ein Gesellschafts- bzw. Kli-marat ermächtigt wird, rasch Dekarbonisierungsmaßnahmen auszuarbeiten.* Wäre die verbale Begründung des aktivistischen Handelns nicht dermaßen verschoben, sondern konsistent mit den Blockadehandlungen der Aktivist:innen, dann würde sie in etwa lauten: *Wir hindern euch am Weiterfahren, um euch direkt mit eurem Fahrverhalten zu konfrontieren, damit ihr euer automobiles Handeln hinterfragt und zu nachhaltigeren Fortbewe-gungsformen übergeht: Fahrt weniger, prüft, ob ihr das Auto tatsächlich braucht, und bewegt euch mit anderen Fortbewegungsmitteln als dem Auto fort, damit ihr einen persönlichen Beitrag zur Eindämmung der Klimakrise leistet.* Diese Kritik wird nicht geäußert. Daher bleiben die (meisten) Autofahrer:innen davon überzeugt, nichts falsch zu machen, bleibt ihr automobiles Handeln für sie Normalität, die sie sich nicht nehmen lassen.

Die multimodale Protestkommunikation der *Letzten Generation* ist also nicht konsistent, sondern durch eine dysfunktionale Nutzung der semiotischen Appell-funktion und durch eine situationsentbundene und verschobene Adressierung gekennzeichnet. Das kommunikative Dilemma besteht darin, dass die Zielgruppe der Protestanliegen – die Regierung – in der Protestsituation abwesend ist und die vom Protest unmittelbar betroffenen Autofahrenden nicht explizit auf ihr kli-maschädliches Verhalten hin angesprochen werden.

Wie ließe sich dieses Dilemma der dysfunktionalen Anwendung der Appellfunk-tion auflösen? Wie ließe sich eine kohärentere Kritik artikulieren, die mehr Chancen auf Erfolg hätte? *Mehr Kohärenz* hieße zum Beispiel, dem Protest tendenziell stär-ker die Form eines direkten zivilen Ungehorsams zu verleihen. Eine Möglichkeit, kohärenter zu protestieren, ist die Wahl widerständiger Protestaktionen, die sich zielgerichtet, das heißt physisch direkt an die verantwortlichen Regierenden rich-ten, die z.B. vor Regierungsgebäuden, etwa dem deutschen oder österreichischen Bundeskanzleramt und den betreffenden Ministerien, oder direkt vor Regierenden bei Anlässen stattfinden, an denen die verantwortlichen Politiker:innen teilneh-men. Eine andere Möglichkeit von direktem widerständigen Protest besteht darin, sich verbal unmittelbar an die Autofahrer:innen zu wenden. Dieser Protest wäre

freilich konfrontativer und polarisierender, wodurch sich das Risiko gewaltsamer Gegenreaktionen erhöhen würde. Um diesem Risiko vorzubeugen, könnte eine direkte Botschaft an die Autofahrenden *Halbiert den Autoverkehr!* lauten, und dabei könnte die Sitzblockade nur die halbe Straßenbreite betreffen, sodass die andere Straßenhälfte befahrbar bliebe. Die Blockade der halben Straße, verbunden mit der Botschaft *Halbiert den Autoverkehr!*, wäre in semiotischer Hinsicht konsistenter. Die Botschaft ließe sich als mehrfach adressierte interpretieren, die sich an zwei Zielgruppen wendet und dabei die systemische Ebene der Politik ebenso wie die individuelle Ebene der automobilen Verkehrsteilnahme einbeziehen würde. Sie würde sich direkt an die Autofahrenden und indirekt an die verantwortlichen Politiker:innen richten. Diese Forderung stünde im Einklang mit den Forderungen und Plänen einer Halbierung des Autoverkehrs, die in verschiedenen Städten bereits erhoben und verfolgt werden.²

Literatur

- Arendt, Hannah. [1970] 1999. Ziviler Ungehorsam. In Hannah Arendt, *Zur Zeit: Politische Essays*. Herausgegeben und mit einem Nachwort von Marie Luise Knott, 119–159. Hamburg: Rotbuch-Verlag.
- Braue, Andreas. 2023. Zur Einführung. Definitionen, Rechtfertigungen und Funktionen politischen Ungehorsams. In Andreas Braue (ed.), *Ziviler Ungehorsam. Texte von Thoreau bis Extinction Rebellion*, 9–38. Stuttgart: Reclam.
- Bonasera, Lea. 2023. *Die Zeit für Mut ist jetzt! Wie uns ziviler Widerstand aus Krisen führt*. Frankfurt/M.: Fischer.
- Dang-Anh, Mark, Dorothee Meer & Eva L. Wyss. 2022. Zugänge und Perspektiven linguistischer Protestforschung. In Mark Dang-Anh, Dorothee Meer & Eva L. Wyss (eds.), *Protest, Protestieren, Protestkommunikation*, 1–23. Berlin/Boston: de Gruyter.
- Eichler, Lina, Henning Jeschke & Jörg Alt. 2023. *Die Letzte Generation – Das sind wir alle. Wenn die Welt in Flammen steht, hilft es nicht, den Feuersalarm auszustellen*. Unter Mitarbeit von Angela Krumpfen. München: bene! Verlag.
- Foucault, Michel. 1992. *Was ist Kritik?* Berlin: Merve.

2 Inzwischen hat die *Letzte Generation* in Deutschland angekündigt, keine Verkehrsblockaden mehr durch das Festkleben auf der Straße durchzuführen und stattdessen Politiker:innen direkter konfrontieren zu wollen. Vielleicht beruht diese Entscheidung auch auf der Einsicht, dass die zur Diskussion stehende Protestform nicht konsistent genug war.

- Habermas, Jürgen. 1983. Ziviler Ungehorsam. Testfall für den demokratischen Rechtsstaat. In Peter Glotz (ed.), *Ziviler Ungehorsam im Rechtsstaat*, 29–53. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- IPCC. 2023. *Synthesebericht zum Sechsten IPCC-Sachstandsbericht (AR6). Hauptaussagen aus der Zusammenfassung für die politische Entscheidungsfindung (SPM)*. www.de-ipcc.de/media/content/Hauptaussagen_AR6-SYR.pdf <15.01.2024>.
- Kiesewetter, Benjamin. 2022. Klimaaktivismus als ziviler Ungehorsam. *Zeitschrift für Praktische Philosophie* 9(1). 77–114. doi.org/10.22613/zfpp/9.1.3 <15.01.2024>.
- Kumkar, Nils C. 2022. Die Radikalisierung der Radikalisierungsbehauptung. Zum Diskurs über die Letzte Generation. *Soziopolis. Gesellschaft beobachten*. nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-83240-7 <15.01.2024>.
- Kletzan-Slamanig, Daniela, Angela Köppl, Franz Sinabell, Sabine Kirchmayr, Stella Müller, Alexander Rimböck, Thomas Voit, Martino Heher & Reinhard Schanda. 2022. *Analyse klimakontraproduktiver Subventionen in Österreich*. Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Universität Wien, Sattler & Schanda Rechtsanwälte. www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikation-sid=69687&mime_type=application/pdf <19.01.2024>.
- Leinen, Jon. 1983. Ziviler Ungehorsam als fortgeschrittene Form der Demonstration. In Peter Glotz (ed.), *Ziviler Ungehorsam im Rechtsstaat*, 23–28. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Otto, Friederike. 2023. *Klimaungerechtigkeit. Was die Klimakatastrophe mit Kapitalismus, Rassismus und Sexismus zu tun hat*. Berlin: Ullstein.
- Rawls, John. [1971] 1991. *Eine Theorie der Gerechtigkeit*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Reisigl, Martin. 2020. Zur Vielfalt und Widersprüchlichkeit des kommunikativen Handelns in Diskursen über die Klimakrise. In Martin Reisigl (ed.), *Klima in der Krise – Kontroversen, Widersprüche und Herausforderungen in Diskursen über Klimawandel*. (= OBST 97), 7–38. Duisburg: Universitätsverlag Rhein-Ruhr.
- Warnke, Ingo H. & Hanna Acke. 2018. Ist Widerspruch ein sprachwissenschaftliches Objekt? In Martin Wengeler & Alexander Ziem (eds.), *Diskurs, Wissen, Sprache. Linguistische Annäherungen an kulturwissenschaftliche Fragen*, 319–344. Berlin/Boston: de Gruyter. doi.org/10.1515/9783110551853.